Erscheint an jedem Werktag. Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten und Postboten entgegen. Bezugspreis f. d. Woche v. 3.–8. Sept. M 710000 einschl. Trägerlohn, Kosterhebg. vorbehalten Einzelnumm. M 120000 Anzeigen-Gebühr für die 4spaltige Zeile aus gewöhnlicher Schrift oder deren Raum bei einmaliger Einrückung M 80 000, Familienanzeig. „ 50 000, bei mehrmaliger Rabatt nach Tarif. Bei gerichtl. Beitreibung u. Konkursen ist der Rabatt hinfällig.

Der Gesellschafter

Amts- und Anzeigeblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Nagolder Tagblatt

Gegründet 1829 — Druck und Verlag von G. W. Zaiser (Inh. Karl Zaiser) Nagold — Fernsprecher Nr. 29

Verbreitetste Zeitung im Oberamtsbezirk. — Anzeigen sind daher von bestem Erfolg.

Für evtl. Rückfrage wird telefonisch Gewähr übernommen. Es wird keine Gewähr dafür übernommen, daß Anzeigen oder Reklamen in bestimmten Ausgaben oder an der gewünschten Stelle erscheinen. In Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung d. Bezugspreises.

Telegramm-Adresse: Gesellschafter Nagold.

Postscheckkonto: Stuttgart 5113.

Nr. 206 — Dienstag, den 4. September 1923 — 97. Jahrgang

Tagesspiegel

Lord Curzon ist vorzeitig aus dem Ferienaufenthalt in Südfrankreich nach London zurückgekehrt.

Italien hat die Einmischung des Völkerbunds in den Streit mit Griechenland amtlich abgelehnt.

Die vierte Völkerbundsversammlung in Genf wurde am Montag durch den japanischen Botschafter Ishii eröffnet.

In Pennsylvanien haben sich 15 800 Bergarbeiter dem Streik der Anthrazit-Bergleute angeschlossen.

Bei einem furchtbaren Erdbeben in Japan sollen über 100 000 Menschen umgekommen sein.

Rede des Reichskanzlers

Einstellung des passiven Widerstands gegen Unversehrtheit der Reichsgrenzen, ohne Festsetzung eines Zeitpunkts für die Räumung des Ruhrgebiets

Stuttgart, 2. Sept. Der Reichskanzler sprach im Siegle-Haus über grundlegende Fragen der Außen- und Innenpolitik. Er entwarf ein Bild des starken außenpolitischen Druckes, der gegenwärtig durch Besetzung des größten deutschen Wirtschaftsgebietes an Rhein und Ruhr über Deutschland lastet, wobei er der bedrückten Bevölkerung seinen Gruß entbot. Jede Außenpolitik des Deutschen Reiches kann nur das Ziel haben, Deutschland die Souveränität und Wiederverfügung über die Gebiete an Rhein und Ruhr zu geben. Wir sind bereit, auch die schwersten materiellen Lasten auf uns zu nehmen, um zu diesem Ziele zu kommen. Wir sind bereit, auf den Boden der Stellung produktiver Pfänder zu treten. Wir haben Reichsbesitz und Privatwirtschaft als Pfänder zur Grundlage unserer faktischen Reparationsleistungen dargeboten. Frankreichs Pfänderpolitik bezieht sich auf die Schaffung einer internationalen Bahngesellschaft, auf die Uebereignung deutscher Bergwerke an der Ruhr. Wenn Frankreichs Ziele nicht politisch sind, sondern auf wirtschaftlichem und finanziellem Gebiet liegen, so dünkt es mich, daß die Garantie des deutschen Eisenbahnbesitzes und der gesamten deutschen Wirtschaft dem Herausreißen einzelner Teile mindestens gleichwertig seien. Mit den Grundlagen des deutschen Memorandums seien die Lösungsmöglichkeiten nicht erschöpft. Jede Fortführung der Diskussion werde die Reichsregierung dankbar begrüßen. Der Gegensatz zwischen Forderung und Leistungsfähigkeit werde bei der Lösung des Reparationsproblems nur überbrückt werden können durch eine wirtschaftliche Verbundenheit der Völker, die in den Verhältnissen ihrer Industrien auf einander angewiesen sind. Deutschland kann seine Reparationsverpflichtungen zunächst nur als Zinsenverpflichtung aufnehmen. Will man diese Zinsenverpflichtungen kapitalisieren, so kann das nur auf dem Wege einer internationalen Anleihe geschehen, für die die deutschen produktiven Pfänder haften. Aber erst, wenn die Welt sich darüber klar ist, daß die Beendigung des Ruhrkonflikts gleichzeitig der Anfang einer neuen Friedensaera ist, werden die Alliierten im Verein mit Deutschland die Anleihefrage lösen können, die zur Befriedung Europas vielleicht erhältlich, die zur Fortführung eines Zerstörungswerkes aber niemals zur Verfügung stehen wird. Im Besitz seiner Souveränität und seiner wirtschaftlichen Hilfsquellen, die es in dem angebotenen Maße für Reparationsverpflichtungen zur Verfügung stellt, würde Deutschland bei Adoptierung dieser Grundsätze wohl in der Lage sein, die Garantie der Zinsenverpflichtung zu übernehmen, auf die sich alsdann eine Weltanleihe für den europäischen Frieden aufbauen könnte. Wenn es sich darum handelt, daß die am Rhein interessierten Staaten sich vereinigen sollen, um die Unversehrtheit des gegenwärtigen Gebietszustandes auf eine zu bestimmende Zeit sich gegenseitig zu sichern, so wird Deutschland jederzeit bereit sein, einem solchen Bündnis beizutreten. Ein wirtschaftlich mit Frankreich verbundenes Deutschland wird für die Durchführung solcher Friedensideen die denkbar größte Friedenssicherheit bieten. Eine Zerstückelung Deutschlands, oder der Versuch einer wirtschaftlichen oder verkehrstechnischen Beherrschung seiner Grenzmarken würde dem Geist eines solchen Abflusses dauernd entgegenwirken. Man will die Eröffnung offizieller Verhandlungen abhängig machen von der Wiederherstellung der Arbeit im Ruhrgebiet. Jeder ehrliche Mensch im Ruhrgebiet und am Rhein sehnt sich nach der Stunde, in der diese blühenden deutschen Lande der alten regen wirtschaftlichen Tätigkeit wiedergegeben werden. Diese Stunde wird gekommen sein, wenn wir die Sicherheit haben, daß auf der Grundlage der deutschen produktiven Pfandleistungen die Lösung des Konflikts möglich ist, die der Sinn unseres passiven Widerstands war. Wir sind bereit zu schweren materiellen Opfern, aber wir sind nicht bereit, die Freiheit deutschen Bodens irgend jemandem preiszugeben. (Sehr starker Beif.)

Im zweiten, innerpolitischen Fragen gewidmeten Teil seiner Ausführungen machte der Reichskanzler aus dem Zustand höchster wirtschaftlicher Not Deutschlands weder dem Inland noch dem Ausland gegenüber ein Hehl. Die Ausfuhr sei in wenigen Monaten von 600 Millionen auf 105 Millionen Goldmark zurückgegangen (vor dem Krieg 10 Milliarden Goldmark). Deutschland sei ohne Ruhr und Rhein nicht lebensfähig.

Die Wehrpflicht gelte wie für den Besitz auch für den Arbeiter und Beamten. Die verlangten Opfer seien in den heutigen anormalen Zeiten eine Notwendigkeit. Heute habe niemand Anspruch darauf, daß ihm der Staat den Zuwachs des Besitzes garantiere. Was die Wehrpflicht der Arbeit anbelange, so brauche man da, wo lebenswichtige Notwendigkeiten des Staates vorliegen, die Ueberarbeit für das allgemeine Wohl. Die Reichsregierung stehe der Kritik gegen das deutsche Beamtentum fern, aber der Staat müsse auch in dieser Frage zuerst an sich selber denken. Die Regierung werde die Staatsautorität durchsetzen. Die Gegenleistung des Staates für diese Wehrpflicht bestehe in der Schaffung von Sicherheiten und Ordnung im Innern.

II.

Wertbeständiges Geld. Die Devisen gehören dem Reich

Zur Steuerfrage übergehend, bemerkte der Reichskanzler, er kenne die Härten der letzten vom Reichstag beschlossenen Steuern wohl, die in eine Zeit der Wirtschaftskrisis in der Industrie und harter Anspannung des Kredits in der Landwirtschaft fallen. Es sei Vorsorge getroffen worden, daß durch die bestehenden Staatsorganisationen Kredite für Getreidelieferungen gegeben werden. Gegenüber der Unzufriedenheit mit den Steuern müsse daran erinnert werden, daß die Steuern nicht seinem Kabinett, sondern dem Reich bewilligt werden. Bei mancher dieser Maßnahmen handle es sich um Eingriffe in die Substanz. Aber was bleibe denn von der Substanz der Wirtschaft, wenn sich die Substanz des Staats nicht erhalten läßt? Man möge sich auch fragen, wo die Substanz des geistigen Deutschland geblieben sei. Auf keinen Fall gehe es an, daß Aufrufe gegen Steuerzahlung erlassen werden. Wer in dieser Zeit eine Störung der Steuern betreibe, gehört hinter Schloß und Riegel. Mit vollem Recht könne man aber verlangen, daß die Steuern vereinfacht und übersichtlich gemacht werden. Es werde unbedingt notwendig sein, das Bündel von Steuervorlagen auf eine gewisse einfache Form einzelner Steuern zurückzuführen. Den Ländern und Gemeinden werde gleichzeitig eine größere Selbständigkeit in der Erhebung von Steuern gegeben werden müssen. Dadurch werden auch die Beziehungen zwischen den Staaten und dem Reich, die manchmal vielleicht besserungsbedürftig sind, sich freundlicher gestalten können.

Die Bekämpfung des Verfalls der deutschen Währung sei abhängig von der außenpolitischen Lage und von der Lage der inneren Wirtschaft. Technische Mittel reichen nicht aus, um das gut zu machen, was sich als Folge erklärt von einem Wirtschaftszustand, bei dem das Reich die gesamten Gehälter und Löhne und weitere Unterstützungen beinahe des ganzen Rheinlands und Ruhrgebiets aus der Staatskasse ohne die geringste produktive Gegenleistung zahlen muß. Wir hätten längst ein wertbeständiges Geld schaffen müssen, um aus Spekulation und Devisenhamsterei herauszukommen. Auch die Vorauszahlung von Gehältern an die Beamten würde damit auf eine ganz andere Grundlage gestellt. Es ist unsere nächste, zeitlich gesagt die übernächste Aufgabe, ein solches wertbeständiges Geld in Deutschland zu schaffen, so schwer es uns wird, damit zuzugestehen, daß die Mark Zahlungsmittel ist, aber nicht mehr eine feste Währung darstellt. Wir wollen die Goldmark wieder schaffen in der Hoffnung, daß man dann auch den Goldpfennig in Deutschland wieder ehren lernt. Nach Schaffung der wertbeständigen Anleihen gibt es kein Recht mehr auf Devisenbesitz im deutschen Volk. Die Devisen gehören dem Reich, das der Wirtschaft das Notwendige zur Verfügung stellt. Aber die private Devisenspekulation, die im wesentlichen mit zur Zerrüttung der Mark von ihnen beigetragen hat, muß aufhören. Wir brauchen die Devisen für die Lebensmitteleinfuhr, für die Markstützung und die Fortführung des Ruhrkampfes.

Der Reichskanzler erinnerte dann an die Ausführungen des Reichswirtschaftsministers und des Reichsfinanzministers und erklärte: Wir stehen vor einer großen Arbeitslosigkeit in Deutschland, die uns neue finanzielle Lasten in der Erwerbslosenfürsorge bringen wird. Es dürfe nur eine produktive Erwerbslosenfürsorge geben. Jede unproduktive Erwerbslosenfürsorge wirke demoralisierend. Der Staat muß das Recht haben, dem Unterstützungsbedürftigen die Arbeit zuzuweisen, deren der Staat bedarf.

Im Hinblick auf die Beschaffung des Hausbrands für den kommenden Winter regte der Kanzler an, eine Ueberstunde im Bergbau zu leisten und gleichzeitig das Erträgnis daraus als Kohlen für den Winter dem Bedürftigen zu geben, damit einmal in dieser Beziehung das Volk dem Volke etwas gibt.

Der Reichskanzler wendet sich dann gegen jede Art von Schlemmerleben und betonte die Wichtigkeit der sittlichen Kräfte, die allein für den Wiederaufstieg des deutschen Volks maßgebend sind. Deutschland gehe so schweren Zeiten entgegen, daß man sich ein mühe- und arbeitsloses Einkommen in Deutschland nicht mehr zu denken vermöge. Deutschland müsse entweder das Volk der Arbeit sein oder untergehen. Er warnte vor Hoffnungslosigkeit. Deutschland stehe freilich allein in der Welt und es habe keine außenpolitischen Sekundanten. Bundesgenossen bekomme Deutschland nur, wenn die Welt draußen einsieht, daß es den Mut hat, vom Volk das zu fordern, was der Staat zum Leben braucht.

Der Reichskanzler erinnerte schließlich an die Pioniere des deutschen Geistes und der deutschen Wirtschaft im Ausland, die auch die Träger unvergeßlicher Taten in den deutschen Kolonien waren. Deutschland brauche nicht das Haupt zu senken, wenn es an seine Kolonialtätigkeit denke. Frankreich und England erkennen heute an, was die Deutschen in den Kolonien geleistet haben. Er begrüßte zum Schluß alle Bestrebungen in Deutschland, die Aufklärung über die Entstehung des Weltkriegs verbreiten wollen, und forderte die Wahrheitssucher aller Nationen auf, darauf zu dringen, daß alle Archive für die Forschung so geöffnet werden, wie Deutschland seine Archive im Bewußtsein seines guten Rechts und seines guten Gewissens geöffnet hat.

Nach der Rede des Reichskanzlers, die an zahlreichen Stellen von lebhaftem Beifall unterbrochen worden war, dankte der württembergische Staatspräsident Dr. v. Hieber dem Reichskanzler für seine Ausführungen und schloß die Versammlung.

•

Stuttgart, 2. Sept. Reichskanzler Dr. Stresemann traf in Begleitung des Staatssekretärs der Reichskanzlei, Frhr. v. Rheinbaben, heute morgen mit dem Berliner Schnellzug hier ein. Zum Empfang hatte sich Staatspräsident Hieber in Begleitung des Polizeipräsidenten Klaiber am Bahnhof eingefunden. Die Herren begaben sich zunächst ins alte Schloß. Um ½11 Uhr empfing der Reichskanzler im Sitzungssaal des Staatsministeriums die Vertreter der württ. Presse. Regierungsrat Vögele von der Presseabteilung begrüßte namens der versammelten Pressevertreter den Kanzler. Dieser nahm sodann zu einer längeren Aussprache das Wort, in der er die Presse um Unterstützung bei seiner schwierigen Aufgabe bat. Als Vertreter der Redakteurverbände sprach noch Redakteur Düssel und als Vertreter der Verlegerschaft Direktor Deppe. Unmittelbar anschließend an den Presseempfang hielt der Reichskanzler im Gustav-Siegleshaus vor einem aus allen Parteien, Ständen und Volksschichten bestehenden Kreis geladener Gäste eine mit lebhaftem Beifall aufgenommene Rede. Um 2 Uhr fand bei Staatspräsident Dr. Hieber im engsten Kreise das Mittagessen statt.

Der Reichskanzler begab sich nachmittags in privater Angelegenheit nach Tübingen. Bei seiner Rückkehr verabschiedete er sich abends auf dem Stuttgarter Bahnhof vom Staatspräsidenten und trat dann die Rückreise nach Berlin an.

Bevor der Reichskanzler das Wort ergriff, sprach Staatspräsident Dr. v. Hieber Begrüßungsworte namens der württ. Regierung und des württ. Volkes. Jede geschichtliche Betrachtung lehrt, daß dem deutschen Volk Blühen und Gedeihen nur beschieden war, wenn es einig war in seinen Stämmen. Der schlimmste Feind, den das deutsche Volk je hatte, war immer die Gesinnung derer, die Sonderinteressen über das Gesamtinteresse stellten, mochte solche Gesinnung in Höfen oder Dynastien oder mochte sie in einzelnen Stämmen oder Volksteilen oder Wirtschafts- oder Gesellschaftsvertretungen oder auch Parteien sich auswirken. Wer an Einheit oder Verfassung rüttelt, der bedroht die Zukunft des deutschen Volks, der leistet bewußt oder unbewußt der Politik unserer Gegner und im Innern der Politik der Verzweiflung Vorschub. Sie, Herr Reichskanzler, haben in einer Stunde höchster Not Ihr verantwortungsvolles Amt übernommen. Sie hätten das nicht tun können, Sie hätten in Ihrer Regierung nicht Parteien, die sonst manches voneinander trennt, zu gemeinsamem Handeln zusammengeschlossen, wenn Sie nicht getragen wären von der Ueberzeugung, daß in unserem Volk trotz allem noch so viel Kraft und Gesundheit und Tüchtigkeit lebt, daß es auch durch die schwere Not hindurch sich rettet. In Ihren Bemühungen werden Sie, Herr Reichskanzler, die württ. Regierung und das württ. Volk stets hinter sich haben.

Mussolini und der Völkerbund

Trauerspiel und Posse

Die Weltgeschichte schreibt abwechselnd Trauerspiele und Possen. Mussolinis Krieg gegen das nahezu wehrlose Griechenland scheint eine Posse zu werden. Ein Spott auf das sogenannte Völkerrecht, auf die fragwürdigen Errungenschaften von Versailles und auf den Wert des Völkerbunds.

„Es wird hierdurch ausdrücklich erklärt, daß jeder Krieg oder jede Kriegsdrohung, möge dadurch eins der Bundesmitglieder unmittelbar bedroht werden oder nicht, den ganzen Bund angeht und daß dieser alle Maßregeln zur wirksamen Erhaltung eines Völkerfriedens treffen muß. In diesem Fall hat der Generalsekretär unverzüglich auf Antrag eines jeden der Bundesmitglieder den Rat zu berufen." So steht es geschrieben in Artikel II der Völkerbundsakte, die an vierter Stelle von Italien, an zwölfter von Griechenland unterschrieben ist. Die besondere Einberufung wäre im Augenblick gar nicht nötig. Denn der Völkerbundrat hat

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

am Freitag voriger Woche, am Tag des italienischen Ultimatums gegen Griechenland, mit seiner 26. Tagung begonnen, und am Montag ist auch die vierte große Völkerbundsversammlung zusammengetreten. Zur Durchsetzung des Völkerfriedens also just der rechte Augenblick! Es kommt nur noch darauf an, daß ein Bundesmitglied den italienisch-griechischen Streit durch Antrag nun auch wirklich vor den Richterstuhl des Völkerbunds bringt. Von den 52 Staaten, die zurzeit in Genf vertreten sind, sollte sich wohl ein Mitglied finden, das den nötigen Mut besitzt.

Merkwürdigerweise hat nach Mitteilung einer Reuternote die englische Regierung vorläufig davon abgesehen, selbständig vorzugehen, weil für den Zwischenfall die Botschafterkonferenz in Paris zuständig sei. Auch die französische Regierung hält sich zurück. Sie hat zwar zusammen mit den in der Botschafterkonferenz vertretenen Mächten in Athen Einspruch erhoben und eine Untersuchung verlangt, aber im Pariser Außenministerium wird ausdrücklich erklärt, Frankreich werde in den italienisch-griechischen Streit keineswegs eingreifen, sondern sei entschlossen, Zuschauer zu bleiben.

Nun ist ja richtig, daß nach geltendem Völkerrecht die Kriegsverhütung auf dreierlei Weise versucht werden kann: Erstens auf diplomatischem Weg, d. i. also durch die Botschafterkonferenz. Wenn aber, so heißt es in Artikel 13 der Völkerbundakte, sich eine Streitfrage nicht in befriedigender Weise auf diplomatischem Wege regeln läßt, so ist — zweitens — die gesamte Frage dem Schiedsverfahren zu überweisen. In Betracht kommt der vom Völkerbund errichtete neue Weltgerichtshof, der am 15. Februar 1922 im Haag eröffnet wurde. Aber dieser Weltgerichtshof liegt sozusagen noch in den Windeln. Erst ein Teil der Mächte hat die Verpflichtung zu diesem Gerichtsstand unterschrieben, und mit den Bestätigungen hapert es auch noch. Außerdem sind die Streitpunkte, die sich nach Artikel 13" im allgemeinen für ein Schiedsverfahren eignen" noch recht streitig. Was also tun? Der dritte Fall: Artikel 15 sagt: Wenn sich zwischen den „Bundesmitgliedern eine Streitfrage erhebt, die einen Bruch herbeiführen könnte, und die nach der Bestimmung des Artikels 13 nicht der Schiedsgerichtsbarkeit unterliegt, so kommen die Bundesmitglieder überein, die Frage vor den Rat zu bringen.

Zu diesem Zweck genügt es, wenn eine von den Parteien, also sagen wir, das beleidigte und gedemütigte Griechenland, dem Generalsekretär von der Streitfrage Mitteilung macht. Dieser hat alle Maßnahmen zu einer umfassenden Untersuchung und Prüfung zu treffen. Der Rat soll sich bemühen, die Streitfrage zu regeln. Gelingt es ihm, so veröffentlicht er den Wortlaut des Ausgleichs. Gelingt es ihm nicht, so veröffentlicht er einen „Bericht", und man ist dann wahrscheinlich so weit wie zuvor. Der Rat kann aber die Sache auch vor die Versammlung bringen, und das Verfahren beginnt von neuem. Wenn aber eine der streitenden Parteien losschlägt? Wenn Mussolini, wie geschehen, Panzerschiffe ausschickt, die griechische Insel Korfu besetzen läßt, die Besetzung von Samos androht, weitere „Sanktionen" verhängt, die griechischen Häfen blockiert?

Auch dieser Fall ist auf dem Papier von Versailles vorgesehen. Artikel 16 besagt: Wenn ein Bundesmitglied zum Krieg schreitet, so wird es ohne weiteres so angesehen, als hätte es eine kriegerische Handlung gegen alle anderen Bundesmitglieder begangen. Die Staaten haben ihrerseits die Blockade über den Friedensbrecher zu verhängen. Der Völkerbundsrat soll militärische Vorschläge über eine Bundesstrafmaßen machen. Und so weiter. Alles ganz schön und gut — auf dem Papier. Aber wird man es wagen? Und wenn man es wagt, will man die Welt wieder einmal in Brand stecken? Soll auf die Posse ein neues Trauerspiel folgen. — er.

Neue Nachrichten

Die Vorräte aufgebraucht!

Berlin, 3. Sept. Aus den Darlegungen des Reichswirtschaftsministers von Raumer im Wirtschaftspolitischen Ausschuß des Reichswirtschaftsrats wird noch berichtet: Der Minister führte mit Angabe der erläuternden Zahlen aus, daß die Reichsverwaltung und die Wirtschaft vor dem Nichts stehen. Von der Geldentwertung kann die Wirtschaft nicht mehr leben, sie ist erschöpft. Wir haben in der ersten Zeit von den des Auslands an unserer Mark gelebt. Dann haben wir von dem Kapital unserer Rentner gelebt; es ist aufgezehrt. Dann haben wir die Vorräte der Wirtschaft selbst verbraucht. Weitere Rücklagen sind nicht mehr vorhanden. Was die Arbeitsleistung betrifft, so hat die Akkordarbeit ungefähr die Höhe vor dem Krieg wieder erreicht. Beim Zeitlohn aber bleibt die Arbeitsleistung durchschnittlich um die Hälfte gegen früher zurück. Man muß es mit aller Deutlichkeit aussprechen, daß der Nichtarbeitende ein großes Unrecht am Arbeitenden begeht. Jeder hat die Pflicht, durch seine Arbeit den vollen Gegenwert seines Lohns herzustellen. Das muß anders werden durch die Erweckung des sittlichen Gefühls durch das Gefühl der Verantwortung gegenüber den Mitarbeitern und der Gesamtheit. In einem Kulturland wie Deutschland soll die Arbeiterschaft auf einen hohen Lebensstand kommen, aber sie muß dafür auch Qualitätsleistungen bieten; ohne höhere Leistung kann es keine höhere Lebenshaltung geben. Die Produktion in Deutschland ist ferner in ungeheurem Maß mit unproduktiven Löhnen belastet. Welches Personal ist heute nötig, um nur die ständig sich ändernden Lohnrechnungen und Umrechnungen in ungefähr 80 Währungen, die vielerlei Vorschriften der Außenhandelskontrolle usw. zu besorgen! Unsere Wirtschaft kann nur wieder gedeihen, wenn länger und mehr gearbeitet wird. Daß ferner die deutschen Kohlenpreise die englischen um mehr als das Doppelte übersteigen, ist daß ein natürlicher Zustand. Die deutsche Kohle darf mindestens nicht über den Weltmarktpreis kommen. Nötigenfalls muß die Steuer ermäßigt werden. Bei den übrigen Rohstoffen (Holz, Leder usw.) verhält es sich ähnlich. Die letzte Leipziger Messe war die schlechteste, die man je erlebt hat; österreichische und tschechische Waren wurden, weil billiger, gekauft, aber keine deutschen. Wenn das Ausland aber nicht mehr bei uns kauft, bekommen wir auch keine Devisen mehr, und wie soll das Volk dann ernährt werden? Die Markverschlechterung kann die Ausfuhr nicht mehr fördern, sie wird vielmehr die Ausfuhr und die Konkurrenzfähigkeit vermindern, weil das Sichanpassen des inländischen Preisstands durch die nunmehr eingeschalteten Entwertungszuschläge viel schneller und weitergehend sein wird, als der Fall der Mark selbst. Wir müssen daher wieder zu einer festen Währung kommen.

Gegen die neuen Steuern

München, 3. Sept. Die Bayerische Volkspartei hat im Landtag einen Antrag eingebracht, die Staatsregierung solle bei der Reichsregierung unverzüglich vorstellig werden, daß die von dem gegenwärtigen Reichskabinett eingebrachten Steuern, die die ganze Wirtschaft erwürgen, auf ein erträgliches Maß herabgesetzt und die Fälligkeit der Steuern entsprechend hinausgeschoben werde.

Berlin, 3. Sept. Eine Abordnung des Reichslandbundes und des Reichsverbandes deutscher Waldbesitzer wurden vom Reichskanzler in Gegenwart des Reichsfinanz- und des Reichsernährungsministers empfangen. Reichstagsabg. Dr. Rösicke legte dar, daß es der Landwirtschaft großenteils unmöglich sei, die außerordentlich hohen Steuersummen zu dem festgesetzten Zeitpunkte aufzubringen. Die Behauptung des Reichsfinanzministers Hilferding, daß zunächst nur die zahlungskräftigen Steuerpflichtigen herangezogen würden, würde durch die Tatsache widerlegt, daß im ganzen Reich die Finanzämter unter Androhung der Zwangsbeitreibung die Zahlungsaufforderungen auch dem kleinsten Besitz zugestellt haben. Es sei eine Ungerechtigkeit, daß die Landwirtschaft schätzungsweise 108 Billionen Betriebssteuer aufzubringen habe, während Industrie und Handel zusammen 60 Billionen Mark zahle, außerdem seien aber namentlich auch die Zahlungsbedingungen für die Landwirtschaft weit ungünstiger. Die landwirtschaftlichen Erzeugnisse seien im Preis noch erheblich zurück gegenüber den Waren, die der Landwirt einkaufen müsse, Vorräte und Betriebskapitalien seien vielfach nicht vorhanden. Streiks, Unruhen und Plünderungen haben die Ernte in weiten Gebieten verzögert oder erschwert. Im Fall nachgewiesener Zahlungsunmöglichkeit solle daher den Landwirten die Steuerentrichtung gestundet und gestattet werden, die Steuern in landwirtschaftlichen Erzeugnissen zu zahlen, um ihnen die hohen Verzugszuschläge bei verspäteter Zahlung zu ersparen. Würde es ermöglicht werden, die Steuern z. B. in Brotgetreide zu entrichten, nachdem es, ohne Störung der Wirtschaft, geerntet und ausgedroschen sei, so könne die Reichsregierung sich auf die leichteste Weise die zur Brotversorgung nötigen Vorräte beschaffen. Jedenfalls wären die Landwirte gezwungen, das unentbehrliche Nutzvieh zu verkaufen, wodurch die Erzeugungsleistung weiter beeinträchtigt würde. — Die Forderungen des Reichslandbundes gaben Anlaß zu einer langen Aussprache, denen weitere Verhandlungen folgen werden.

Deutscher Tag in Nürnberg

Nürnberg, 3. Sept. Anläßlich des Deutschen Tags (Sedantags) sind aus allen Teilen Deutschlands zahlreiche Delegationen hier eingetroffen. In den Vormittagsstunden des Sonntags fand auf der Deutschherrn-Wiese ein Feldgottesdienst statt, an dem etwa 200 000 Menschen sich beteiligten. Nach dem Feldgottesdienst bewegte sich ein schier endloser Zug in vollster Ordnung durch die reich geschmückten Straßen der Stadt, von der Einwohnerschaft mit großem Jubel begrüßt. Bisher ist alles in Ruhe und Ordnung verlaufen.

General Ludendorff, der die Grüße Hindenburgs überbrachte, Prinz Ludwig Ferdinand, Admiral Scheer und Adolf Hitler wurden mit ungeheurem Jubel begrüßt. Die Gesamtzahl der Teilnehmer ist auf 500 000 zu schätzen.

Die Zuckerzwangswirtschaft

Berlin, 3. Sept. Nach einer Mitteilung des Ausschusses des Reichslandbunds für Zucker- und Rübenwirtschaft sind bis 15. August d. J. Rübenlieferungen der Landwirte aus voriger Ernte im Betrag von 1738 Millionen Goldmark noch nicht bezahlt worden. Abgesehen von dem Zinsenverlust und der Vorenthaltung des Betriebskapitals erleiden die Landwirte auch durch die Geldentwertung ungeheure Verluste. Welcher andere Berufsstand ließe sich solche Benachteiligung gefallen?

370 Milliarden Lohnausfall durch einen Streik

Altenburg, 3. Sept. Der von den Kommunisten erregte Bergarbeiterstreik im Revier Meuselwitz-Rositz ist zusammengebrochen. Die Arbeiter hatten einen Lohnausfall von 370 Milliarden Mark, einige hundert Arbeiter sind nicht wieder eingestellt worden. Die Erregung der Arbeiter gegen die fremden Streikhetzer ist groß.

Lohnbewegung

Washington, 3. Sept. Durr Vermittlung des Gouverneurs werden in Harrisburg im Staat Pennsylvanien Verhandlungen zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern der Kohlengruben geführt. Die Arbeitgeber haben sich zu der vorgeschlagenen 10prozentigen Lohnerhöhung vorläufig für einen 30tägigen Waffenstillstand bereit erklärt, während dessen endgültige Vereinbarungen getroffen werden sollen. Die Arbeiter verlangen die Aufnahme der Lohnerhöhung in einen langfristigen Vertrag und Einführung des achtstündigen Arbeitstags, während bis jetzt 12 Stunden täglich gearbeitet wird.

Laibach (Krain), 3. Sept. Die streikenden Arbeiter des Bergwerks in Trifail versuchten die elektrische Maschinenanlage in die Luft zu sprengen, wozu in einer Fabrik in Sagor 40 Pfund Sprengstoff gestohlen worden waren. Der Kessel und das Kesselhaus wurden durch die Explosion zerstört. Wenn der Anschlag geglückt wäre, so hätte das ganze Bergwerk mehrere Monate außer Betrieb gesetzt werden müssen.

Gegen die Chinesen-Einwanderung

London, 3. Sept. Die kanadische Regierung hat ein Gesetz durchgebracht, das die Einwanderung der Chinesen in Kanada einschränkt. China hat mit Abbruch der amtlichen Beziehungen gedroht, wenn das Gesetz durchgeführt würde.

Abweisung von Einwanderern

Paris, 3. Sept. Nach einer Meldung der „Chicago Tribune" aus Newyork erklärten die Einwanderungsbehörden, daß die vier Passagierdampfer, die am Freitag vor Mitternacht mit 1896 Einwanderern an Bord die amerikanische Quarantäne erreichten, noch unter die Ausgewiesenen sollen, die so gut wie erschöpft ist. Die meisten von diesen Einwanderern sollen daher abgewiesen werden.

Vom Ruhrkrieg

Allerlei Heldentaten

Essen, 3. Sept. Bei der Zeche „Kaiserstuhl" in der Nähe der Umgehungsbahn wurde ein Deutscher von einem französischen Posten erschossen.

Aus der Gemeindekasse in Weitmar bei Bochum haben die Franzosen 165 Millionen Mark geraubt, weil die Gemeinde sich weigerte, eine Strafe von 500 Franken für angebliche Sabotage zu bezahlen.

Die Franzosenbeute in der Lohnkasse der Zeche „Schlegel und Eisen" beträgt 25 Milliarden Mark.

Einem Boten der Reichsbank in Wiesbaden wurden 10 Milliarden abgenommen. Das Rathaus in Rohwinkel haben die Franzosen wieder geräumt, nachdem sie 52½ Milliarden Mark geraubt hatten.

Nach dem Pariser „Matin" sind in Goch a. Rhein zehn Milliarden, in Mainz und Wiesbaden elf Milliarden städtisches Notgeld und bei der Deutschen Eisenbahnkasse in Kaiserslautern sieben Milliarden Mark weggenommen worden.

Ausweisung der pfälzischen Eisenbahner

Ludwigshafen, 3. Sept. In einer ganzen Anzahl von Orten der Pfalz werden sämtliche Eisenbahner mit Angehörigen ausgewiesen.

178 polnische Bergarbeiter sind im Ruhrgebiet eingetroffen.

Griechisch-italienischer Streitfall

Griechenland beantragt ein Schiedsgericht

Athen, 3. Sept. Die griechische Regierung schlägt in einer Note an die Botschafterkonferenz eine Untersuchung durch eine internationale Kommission vor über die Schuld im griechisch-italienischen Streit. Der Entscheidung über die Genugtuung durch die Botschafterkonferenz würde sich dann Griechenland bedingungslos unterwerfen.

Die griechische Regierung läßt das Gebäude der italienischen Gesandtschaft in Athen durch eine Abteilung von 30 Mann bewachen.

Griechenland beantragt ein Schiedsgericht

Athen, 3. Sept. Die griechische Regierung schlägt in einer Note an die Botschafterkonferenz eine Untersuchung durch eine internationale Kommission vor über die Schuld im griechisch-italienischen Streit. Der Entscheidung über die Genugtuung durch die Botschafterkonferenz würde sich dann Griechenland bedingungslos unterwerfen.

Die griechische Regierung läßt das Gebäude der italienischen Gesandtschaft in Athen durch eine Abteilung von 30 Mann bewachen.

Italien beschuldigt die griechische Regierung der Urheberschaft am Mord

Rom, 3. Sept. Ag. Stefani. Ein Sonderberichterstatter des „Giornale d'Italia" behauptet, bewiesen zu haben, daß die Schuld an dem Mord bei der griechischen Regierung liege. Der ermordete italienische General Tellini sei in Meinungsverschiedenheiten mit dem griechischen Oberst Bozaris geraten, der Mitwisser und Urheber des Mords sei.

Der italienische Admiral Bellini hat allen griechischen Schiffen die Durchfahrt durch die Meerenge von Otranto verboten. Mehrere griechische Schiffe wurden in italienische Häfen gebracht. Alle griechischen Schiffahrtsgesellschaften haben die Fahrten nach Italien eingestellt.

England gegen die Besetzung Korfus

London, 3. Sept. Die Blätter weisen darauf hin, daß Italien mit der Besetzung der Insel Korfu den Vertrag von 1864 verletzt habe, durch den Italien die jonischen Inseln abtrat und die damaligen Großmächte die Neutralität dieser Inseln verbürgten. Dazu kommt, daß Korfu einer der wichtigsten Punkte für die englischen Verbindungslinien im Mittelmeer darstellt. Die Besitzergreifung durch Italien sei daher eine ernste Gefährdung des Verbindungsweges nach Indien.

Lord Curzon wird nach dem „Observer" seinen Ferienaufenthalt in Frankreich abkürzen und nach London zurückkehren. Baldwin bleibt vorläufig in Aix-les-Bains, steht jedoch in steter Verbindung mit dem Vertreter Englands im Völkerbundsrat, Minister Cecil.

Furchtbares Erdbeben in Japan

Ueber 100 000 Menschen umgekommen

Die Hauptinsel des japanischen Reichs, Nipon, ist in der Nacht zum 1. September von einem furchtbaren Erdbeben betroffen worden, das besonders schwer in der Nachbarschaft des Berges Fusi, eines alten Vulkans, auftrat. Die bis jetzt eingelaufenen Meldungen lassen erkennen, daß ein großer Teil der Insel in Mitleidenschaft gezogen ist. Am stärksten scheint die Erschütterung in der Gegend der beiden größten Städte Tokio und Yokohama gewesen zu sein. In der Hauptstadt Tokio entstand nach dem Beben eine Feuersbrunst, die rasend um sich griff. Durch die Erderschütterung waren großenteils die Wasserleitungen geborsten und man stand den wütenden Flammen machtlos gegenüber. Das Feuermeer ergriff auch den Kaiserpalast, der niedergebrannt sein soll, doch ist die kaiserliche Familie gerettet worden. Mit einem Mal ein entsetzlicher Knall. Der Brand hatte das Arsenal erreicht und das Munitionslager flog in die Luft. Dabei allein fanden mehrere tausend Personen den Tod. Das ganze Arsenal ist ein Trümmerhaufen. Von 15 Stadtteilen Tokios sollen 10, darunter das ganze Viertel der Arbeiterbevölkerung, eingeäschert worden sein. In den Straßen lagen die Leichen zu Haufen. Das Schiba-Viertel scheint verschont geblieben zu sein. Kurz nach dem Beben gingen über Tokio schwere Wolkenbrüche nieder, die das Feuer eindämmten. Zahlreiche Gebäude sind eingestürzt. Im Umkreis von 160 Kilometern gerieten die Eisenbahnlinien

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

in Unordnung, mehrere nach Tokio fahrende Züge entgleisten und wurden ganz zerstört. Nach Funkentelegrammen aus Südjapan sollen die Städte und Dörfer zwischen Tokio und Osaka so gut wie zerstört, an zahlreichen Stellen vollendeten Brände das Vernichtungswerk. Die 13 000 Einwohner zählende Stadt Lamasu, eine frühere kaiserliche Residenz, südöstlich von Tokio, ist nur noch ein Trümmerhaufen.

Der bedeutsamste Schaden wurde im Bezirk Yamanote angerichtet. Die Stadt Athme auf dem Berg Haken ist nicht mehr; 6—7000 Einwohner haben das Leben verloren. Tausenden von Menschen fehlen alle Lebensmittel und Wasser. In Yokohama ergoß sich eine ungeheure Sturmflut über die Stadt, nachdem ein gewaltiges Beben die Häuser straßenweise niedergelegt hatte. Das Geschäftsviertel ist vom Erdboden verschwunden. Der Gouverneur telegraphierte, die Stadt sei durch Feuer und Erdbeben zerstört, etwa 10 000 Menschen seien umgekommen, alle Verkehrsmittel zerstört, die Stadt sei ohne Lebensmittel und Trinkwasser. Tausende flüchteten auf Schiffe im Hafen, aber auch viele Schiffe sind in der Sturmflut untergegangen. 100 000 Personen sind obdachlos. Die Sturmflut riß auch die Stadt Ito auf der Insel Inso weg. Der größte Eisenbahntunnel Japans bei Misaka ist eingestürzt, wobei 60 Personen umkamen. — Der Asakuat-Turm ist eingestürzt. Insgesamt werden die Todesopfer nach Reuter auf über 100 000 Menschen geschätzt. In ganz Japan ist das Standrecht verkündet worden; die Erregung der Bevölkerung ist unbeschreiblich.

Der amerikanische Präsident Coolidge sandte dem Mikado eine Beileidsbotschaft und bot jede Hilfe der Vereinigten Staaten an. Das vor Port Arthur befindliche amerikanische Geschwader hat Befehl erhalten, sofort nach Yokohama abzugehen.

Württemberg

Stuttgart, 3. Sept. Für Steuerstundung. Die Zentrumsfraktion des württ. Landtags hat in einer Entschließung die Regierung aufgefordert, bei der Reichsregierung auf eine Milderung der Härten der neuen Steuern, durch die vor allem die Mittel- und Kleinbetriebe schwer betroffen werden, sowie auf eine Ausdehnung der Zahlungstermine hinzuwirken.

Kleine Anfrage. Der Abg. Dangel hat folgende Kleine Anfrage eingebracht: Ist dem Minister des Innern bekannt, daß die Autofabrik Staiger u. Co. in Burgrieden, OA. Laupheim, die Staatsstraße als Rennbahn benützt, um ihre Wagen einzufahren, und dadurch Menschen und Tiere von den an dieser Strecke gelegenen Ortschaften in Lebensgefahr bringt? Was gedenkt der Minister des Innern dagegen zu tun?

Von Zentrumsseite wurde im Landtag der Antrag eingebracht, daß an Gemeinden, Vereinigungen und Gewerbetreibende, die berufsmäßig mit der Beschaffung von Lebensmitteln sich befassen, aus Staatsmitteln Vorschüsse zur Beschaffung von Kartoffeln bewilligt werden.

Blaue Trauben sind schon mehrfach im Stuttgarter Tal zu sehen. Günstiges Wetter vorausgesetzt, ist der Weinbeginn in 5—6 Wochen zu erwarten.

Sulz, 3. Sept. Oelmüller-Versammlung. Am Sonntag tagte hier eine Versammlung der Oelmüller des Schwarzwaldkreises wegen Festsetzung des Schlaglohnes. Es wurde einstimmig beschlossen, den Schlaglohn nur noch in Natura zu verlangen; bei 20 Pfund Oelsaat bei Mitnahme der Kuchen 5 Pfund Saat und 50 Prozent Oelkuchenrückgabe; bei 20 Pfund Saat bei Zurücklassung der Kuchen ein Pfund Saat der angelieferten Oelsaat.

Tettnang, 3. Sept. Die Staatskasse ist bedürftiger als die Armenkasse. Bei Sühneterminen und Privatklagen war es bisher üblich, daß guten Endes der Beklagte für die Armenkasse des Ortes opfern mußte. Diesen Brauch nahm eine Privatklage vor dem Schöffengericht nicht. Ein Herr hatte einem Schulknaben ein paar Schläge an die Ohren gegeben, weil der Bub beim zu schnellen Radfahren auf der abschüssigen Kirchstraße ein Mädchen überfahren hatte. Da es jedoch nur Erziehern gestattet ist, fremde Kinder zu züchtigen, so sollte dieser Uebergriff gerichtlich geahndet werden. Der Beklagte war im Vergleichswege bereit, eine halbe Million Mark der Armenkasse zufließen zu lassen. Auf den Einwand des Richters aber, daß gegenwärtig die bedürftigste Kasse wohl die Staatskasse sei, wurde Stuttgart als Bestimmungsort des Geldbeitrags vereinbart.

Weingarten, 3. Sept. Regimentsfeier. Hier fand unter sehr großer Beteiligung die 250. Jahrfeier und die Denkmalsweihe des Inf.-Regts. 124 statt. Auch die „Traditionskompagnie" der Reichswehr in Ludwigsburg und eine Ulmer Kompagnie waren mit Musik anwesend. Von den Offizieren sah man u. a. Generalfeldmarschall Herzog Albrecht von Württemberg, die Herzöge Robert und Ulrich, Hofmarschall von Gemmingen, Generalmajor v. Bader.

Heilbronn, 3. Sept. Ernennung. Der Vorstand des chemischen Untersuchungsamtes Heilbronn, Direktor Dr. Benz, ist zum Mitglied des Reichsgesundheitsrates ernannt worden.

In Flein wurde für das Gemeindeobst über zwei Milliarden erlöst. Die Geldentwertung und Teuerung ergibt sich aus folgenden Beispielen: Im Frühjahr kaufte jemand hier einen knappen halben Morgen Obstgarten um 15 Millionen als Bauplatz und hat jetzt allein für das Obst auf einem Rest der Bäume 47 Millionen erlöst.

Neckarsulm, 3. Sept. Ein Veteran der Arbeit. Der frühere Glasermeister Karl Amon feierte dieser Tage seinen 75. Geburtstag. Er ist seit 29 Jahren in den Fahrzeugwerken tätig und der älteste Arbeiter des Betriebs, von dem er sich nicht trennen will. Rüstig und kerngesund, wie er ist, hofft er in 6 Jahren die goldene Hochzeit feiern zu können.

Waldenburg, 3. Sept. Pferdediebstahl. In Westernach wurde dem Landwirt Schnell das schönste Pferd aus dem Stall geholt. Der Schaden dürfte etwa 1½ Milliarden betragen. Die Täter konnten rechtzeitig entkommen, trotzdem der Diebstahl sofort bemerkt wurde.

Wannweil OA. Reutlingen, 3. Sept. Tödlicher Sturz. Der 45 Jahre alte Bauer Christian Kaiser stürzte in der Scheuer ab und starb in der folgenden Nacht. Er hinterläßt eine Witwe mit 6 Kindern.

Oberndorf, 3. Sept. Reif. Der jähe Wettersturz brachte Ende voriger Woche auf der Höhe starken Reif, sodaß die Kartoffeln teilweise arg gelitten haben.

Münsingen, 3. Sept. Entflohener Ballon. Auf dem Truppenübungsplatz wurde ein 3 Meter großer Fesselballon durch den Sturm vom Tau gerissen und in nordöstlicher Richtung fortgetrieben. Finder wollen gegen Belohnung die Kommandantur benachrichtigen.

Schwenningen, 3. Sept. Betriebsstörung. Der im vorigen Jahr neu montierte große Transformator des Elektrizitätswerks durchschlug am Freitag vormittag seine Wicklungen. Die großindustriellen Betriebe mußten deshalb die Arbeit aussetzen, bis ein neuer Transformator eingesetzt wurde, der von abends 8 Uhr an wieder Drehstrom lieferte.

Für die hiesigen Kleinkinderschulen wird ein wöchentliches Schulgeld von 250 000 Mark verlangt, während von den Schülern der Volksschulen nicht nur kein Schulgeld verlangt wird, sondern sie erhalten auch noch die Lehrmittel umsonst. Diese Ungleichheit will der Einwohnerschaft je länger desto weniger einleuchten.

Die Schwenninger Polizei hob bei einer nächtlichen Streife in einem Schuppen beim Aussichtsturm eine größere übelbeleumundete Gesellschaft beiderlei Geschlechts aus Villinger und Schwenningen aus.

— Im „Briefkasten der Rottenburger Zeitung" lesen wir: Nach R. Unterlassen Sie ruhig den Festbericht; Sie glauben nicht, wie verbitternd es auf weite Kreise wirkt, angesichts des Ernstes der Stunde immer und immer wieder Festtoiletten, Festzüge, Festreden usw., lesen zu müssen, verbrämt mit den Redensarten vom Aufbau. Vom Festplatz her kommt der Aufbau nicht! Unsere Vereine würden sich ein Verdienst erwerben, wenn sie endlich bremsen würden. So lange Volksgenossen in den Städten verhungern, ist nicht Zeit zu Festen! Wie trostlos muß eigentlich die Lage werden, um dem Ernst zu seinem Recht zu verhelfen!

Aus Stadt und Bezirk.

Nagold, den 4 September 1923.

Schulgelderhöhung. Die Schulgeldbeiträge in Württemberg wurden wie folgt erhöht: höhere Schulen (Gymnasien, Realschulen) im Jahresdritel 2,4 Millionen Mark, mit Oberklassen 3 Mill. Mk., Bürgerschulen 1,8 Mill. Mk., Mittelschulen 1,2 Mill. Mk., Gewerbe- und Pflichthandelsschulen 150—300 000 M, Handelsvollschulen 4,5 Mill. Mk., Frauenarbeitsschulen 2,4 Mill. Mk., gewerbl. Zeichenschulen halbjährlich 50—150 000 M. Die Volksschulen bleiben frei.

Die schwebende Schuld des Reichs hat am 1. September 1000 Billionen Mark überschritten. Man meint vielleicht, damit sei die „Trillion" erreicht. Das ist aber nicht der Fall, denn nach der Zahlenlehre ist eine Trillion die 3. Potenz einer Million, also 1 Million mal 1 Million mal 1 Million oder 1 Million Billionen.

Die neuen Getränkesteuern. Nach dem nun auch vom Reichsrat verabschiedeten Gesetz beträgt der Höchststeuersatz für ein Liter Traubenwein offen 20 000 M, für Flaschenwein 50 000 M die Flasche, Schaumwein 300 000 M die Flasche, Vollbier 14 000 M, Starkbier 21 000 M das Liter, für natürliches Mineralwasser 7000 M, künstliches 4000 M, Limonaden 5000 M. Für unverschnittenen Arrac, Rum und unverschnittenen Trinkbranntwein werden 600 000 M, für andern Trinkbranntwein 300 000 M erhoben.

Die patentamtlichen Gebühren werden künftig auf das Fünfzigfache erhöht. De Veröffentlichung des Gesetzes ist demnächst zu erwarten.

Wie man mit der Landwirtschaft rechnet. Letzter Tage wurde in den Gemeinden des Kommunalverbands Säckingen (Oberbaden) endlich das Getreide ausbezahlt, das die Landwirte aus der Ernte 1922 im letzten Herbst und Frühjahr abliefern mußten, und zwar wurde für den Doppelzentner Weizen 41 510 Mark bezahlt, obgleich das Geld inzwischen total entwertet ist. Gleichzeitig wurde aber durch die Ortsschelle bekannt gemacht, daß der Kommunalverband den Landwirten „billige Kleie" zur Verfügung stelle, den Doppelzentner zu 5 840 000 M. Das war nämlich die Kleie aus dem vorjährigen Ablieferungsgetreide. — Wer jetzt noch nicht begreift, daß aller Wucher und alle Teuerung nur von den bösen Bauern herkommen kann, dem ist wirklich nicht mehr zu helfen.

Eine Postkarte ins Ausland kostet ab 1. Sept. 120 000 M, ein Brief 200 000 M, jede weitere 20 Gramm 100 000 M, worauf wir wiederholt aufmerksam machen, da im Publikum noch Unsicherheit über die neuen Tarife zu bestehen scheint. Eine Karte im Inland kostet im Ortsverkehr 15 000, Fernverkehr 30 000 M, ein Brief bis 20 Gramm im Ortsverkehr 30 000, im Fernverkehr 75 000 M, über 20 bis 100 Gramm 100 000 M.

Allerlei.

Die Fliegenden Blätter. Der Verlag Braun u. Schneider in München teilt mit, daß er sich entschlossen habe, trotz der Not der Zeit durchzuhalten und die „Fliegenden Blätter" vorläufig weiter erscheinen zu lassen.

Klaipeda. Die litauische Regierung hat die Stadt Memel, seit 700 Jahren eine Stadt rein deutscher Art, in Klaipeda umgetauft. Der neue Name wird aber nur von den Litauern gebraucht.

Starkes Erdbeben. Die badische Landessternwarte auf dem Königstuhl bei Heidelberg meldete am Samstag früh 4 Uhr 11 Min. 20 Sekunden ein Fernbeben von außergewöhnlicher Stärke. Nach 10 Minuten war ein zweiter

Aus Geschichte und Sage unserer Heimat Nagold

von Hermann Kiefner.

(Fortsetzung.)

Die Reformation in Stadt und Bezirk Nagold

(nach der gleichnamigen Schrift von Pfarrer Rentschler, Rohrdorf.)

Das kirchliche Leben im ganzen Bezirk Nagold nahm seinen Ausgang von der Remigius- oder Oberkirche, einer von den Franken gegründeten Missionskirche. Im 13. Jahrhundert bestanden folgende Mutter- oder Urpfarreien: 1) Nagold mit den Orten Iselshausen, Emmingen, Mindersbach und Unterschwandorf. 2) Roßfelden. 3) Effringen mit Bulach und Berneck. 4) Ebhausen, die größte Urpfarrei, Wart, Rohrdorf, Pfrondorf, Berneck, Erzklösterle, Zwerenberg, Aichelberg und Neuweiler mit umfassend. 5) Altensteig-Dorf mit Stadt und Simmersfeld. 6) Waldorf mit Oberschwandorf und Egenhausen. 7) Haiterbach (St. Laurentius) mit Spielberg, Beihingen, Böfingen und Grämbach. 8) Die Remigiuskirche in Gündringen, wahrscheinlich eine Tochtergründung der Nagolder Remigiuskirche. 9) Hochdorf, dessen Mutterkirche in Eutingen war. 10. Sulz (Michaelskirche) mit Wildberg (Martinskirche). 11. Gültlingen mit Holzbronn, ein Ableger von Sulz. Nachdem die Remigiuskirche in Nagold ihre Mission erfüllt hatte, sank sie gegen Ende des 14. Jahrhunderts zu einer Kaplanei (zu St. Katharina) herab (wohl im Zusammenhang mit der Inkorporation für das Kloster Stein am Rhein 1386). Die Liebfrauenkirche in der Stadt Nagold war inzwischen selbständig geworden. Um 1500 vereinigte das Nagolder und Herrenberger Land-Kapitel (etwa Dekanate) noch Teile der Nachbarbezirke Herrenberg, Calw, Freudenstadt und Horb. Es stand unter dem Bischof von Konstanz und bildete einen Teil des „vor dem Walde" (ante nemus sive silvae nigrae) liegenden Archidiakonats. In seiner Begrenzung entsprach es ziemlich genau dem alten Nagoldgau, ehe dieser am Ende des 8. oder im Verlauf des 9. Jahrhunderts die Empfinger und Vierlinger Mark und die Grafschaft Haigerloch in sich aufnahm. Es bildete auch zugleich nach Norden die Konstanzer Bistumsgrenze gegen den Speyrer Bischofssprengel und die alemannische Stammesgrenze gegen das fränkische Reich. Am Ende des Mittelalters waren die staatsrechtlichen und kirchenrechtlichen Verhältnisse dieses Gebiets wie sonst im Reich die denkbar verwickeltsten. Der Zerbröckelungsprozeß begann nach dem Tod des Schwabenherzogs Burkhard 974, dessen Besitz auf Kaiser Heinrich II. den Heiligen von Sachsen, einen Brudersohn seiner 994 gestorbenen, durch Scheffels Ekkehard bekannt gewordenen Gemahlin Hadwig überging. Aus diesem schwäbischen Erbgut soll dieser 1005 die Kirche Nagold mit den Tochterkirchen Rotfelden, Effringen und Stadelstetten (abgegangenes Dorf bei Egenhausen) samt allen ihren Zehnten an das eben erst vom Hohentwiel 2 Stunden südlicher nach Stein a. Rhein (an der Südwestecke des Bodensees) verlegte Benediktinerkloster zu St. Georgen geschenkt haben. Bis in die Reformationszeit hinein, übte Kloster Stein Zehntrechte in Nagold. Die Schenkung an Kloster Stein erfolgte wahrscheinlich zum ehrenden Andenken an den ersten Hohentwieler Abt Walafried den Seligen, einen Grafen von Nagold und Calw, der zur Zeit Ekkehards und Hadwigs, um 970 dem dortigen Kloster vorstand und dessen Gebeine hernach in die neue Klosterniederlassung Stein am Rhein mitgenommen wurden.

Als nach dem Ende des alamannischen Stammesherzogtums um 730 die Grafschaftsgaue entstanden, erhielt auch der Nagoldgau sein Grafengeschlecht, das sich nach 1150 „die Pfalzgrafen von Tübingen" nannte. Durch Heirat mit der Pfalzgrafentochter Mechtild und durch die Gunst des mit ihm verschwägerten Kaisers Rudolf von Habsburg gelangte dann Graf Rudolf von Hohenberg († 1253) in der Gegend zu stattlichem Besitz, so daß zu Beginn des 14. Jahrhunderts der Bezirk Nagold in jeder Beziehung unter hohenbergischer Herrschaft stand. Hohenbergische Dienstmannen waren u. a. die Herren von Berneck, die v. Gültlingen (Lehnserben der ersteren seit dem 14. Jahrh.) und die Kechler v. Schwandorf (Unterschwandorf, Gündringen, Talheim gehörten ihnen). Die Lehnsherrlichkeit über Berneck ging dann 1363 mit dem Amt Nagold von Hohenberg auf Württemberg über. Gündringen war reichsunmittelbarer Eigenbesitz der Kechler, dagegen waren sie in Unterschwandorf unter württembergischer Obrigkeit, in Ober- und Untertalheim bis 1805 (in hohenbergisch österreichischem Lehensverhältnis). Mit dem Amt Nagold erwarb Württemberg 1363 die Orte Nagold, Iselshausen, Wart, Ebershardt, Haiterbach samt der Kirche, Böfingen, Beihingen, Oberschwandorf, Schietingen, Bondorf (gegen Ende des 15. Jahrh. noch Hochdorf durch Kauf von den Böcklin). Das Amt Wildberg mit den Orten Wildberg, Effringen, Bulach, Ebhausen, Emmingen, Gültlingen, Sulz, Oberjettingen samt Vogtei und Oberherrlichkeit über das Frauenkloster Reutin (bei Wildberg gelegen) und das Johanniterhaus Rohrdorf wurde 1377 kurpfälzischer, 1440 gleichfalls württembergischer Besitz. Das Amt Altensteig mit Altensteig Dorf und Stadt, Simmersfeld, Spielberg, Egenhausen, Rotfelden, Mindersbach, Pfrondorf, Enztal, Göttelfingen, Grämbach, ⅔ Zwerenberg, Unterjettingen, von dem der Johanniterkommende Rohrdorf bis 1738 gehörige Ort Waldorf nur das Kirchenpatronat, ging noch vor Ende des 14. Jahrh. an die Markgrafen v. Baden und aus deren Hand kauf- und tauschweise 1603 an Württemberg über.

Vor Anbruch des Reformationszeitalters zählte der Bezirk Nagold 14 Pfarrkirchen, 7 Dorfkaplaneien mit insgesamt 43 Priestern. Wenn man bedenkt, daß die Bevölkerung damals höchstens 6000 Seelen gegen heute 30 000 betrug, also ⅕, so muß gesagt werden, daß die geistliche Versorgung des Bezirks mehr als genügend war: auf 1 Priester kamen nur etwas über 100 Pfarrkinder (so zählte man auch z. B. in der Reichsstadt Hall zu damaliger Zeit 40 Priester bei einer Seelenzahl von 5000). Nagold allein hatte 5, Wildberg 8 Priester, Altensteig mit damals 200 Seelen gar 1 Kaplan. Zahlreich waren die die kirchliche Arbeit unterstützenden Ordensniederlassungen im Nagolder Gebiet. Die älteste Stiftung ist das um 1252 von den Grafen von Hohenberg gegründete Dominikanerinnen Kloster Maria Reutin bei Wildberg mit seiner Nikolauskapelle. Es diente vielfach den weiblichen Gliedern des z. T. verarmten Landadels der Gegend als Versorgungsanstalt und zählte bis zu 20 Schwestern. Durch ansehnliche Begabungen und die von den Schwestern eingebrachte z. T. reiche Mitgift gelangte das Frauenkloster frühzeitig zu Wohlstand. Es hatte allein 100 Morgen Güter und 1000 Morgen Wald. Noch vor Ende des 13. Jahrh. gründete der geistliche Ritterorden der Johanniter (Malteser) eine Niederlassung in Rohrdorf, die zugleich Amtssitz eines Verwaltungsbezirkes (Kommende) war, mit einem Ordensritter (Komtur) an der Spitze. 1311 wurde die Johanniskirche daselbst erbaut. Sie hatten reichen Besitz.

(Fortsetzung folgt.)

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Hauptstoß deutlich bemerkbar. Der Meßapparat war drei Stunden in Bewegung. Der Ort der Erderschütterung liegt in einer Entfernung von etwa 9500 Kilometern (Mittelamerika, Kalifornien oder Japan).

Kinderlähmung. Im Kreis Schleiz (Reuß j. L.) ist die Kinderlähmung aufgetreten. Auch Erwachsene sind von der Krankheit befallen worden.

Der Deutsche Juristentag, der vom 11. bis 13. Sept. in Berlin abgehalten werden sollte, ist abgesagt worden.

Die Sedanfeiern sind in Sachsen verboten worden.

Ehrlich. In Döbeln (Sachsen) verlor ein Herr seine Brieftasche mit 54 Millionen Mark. Als er den Verlust bei der Polizei meldete, hatte eine Bauersfrau aus Ebersbach die gefundene Tasche bereits abgeliefert. Sie erhielt für ihre Ehrlichkeit eine reiche Belohnung.

Tollkühne Jungens. In Altrip am Rhein erkletterten einige Schuljungen den etwa 30 Meter hohen Kamin einer außer Betrieb befindlichen Fabrik von innen. Der 11jährige Sohn des Arbeiters Eugen Schäfer drang bis zur Spitze vor, er stürzte aber, wahrscheinlich von Schwindel erfaßt, ab und war sofort tot.

Zu Tode gestürzt ist der Rennfahrer Albert Schütt bei einem Straßenrennen zwischen Höheischweiler und Fehrbach in der Pfalz. Auch sein Bruder, der in der gleichen Runde fuhr, kam zu Fall und erlitt schwere Verletzungen.

Pilzvergiftung. Ein Heimarbeiter in Berlin hatte Pilze gesammelt, aus Unkenntnis aber den gefährlichen Knollenblätterschwamm mitgenommen. An dem Genuß erkrankte die ganze Familie von 12 Köpfen. Die Eltern und 7 Kinder sind gestorben, drei Kinder hofft man retten zu können.

Verunglückte Schwarzfahrt. Der Wagenführer eines Kaufmanns in Leipzig unternahm mit mehreren Freunden und Freundinnen ohne Wissen des Besitzers mit dessen Kraftwagen nachts eine sogenannte Schwarzfahrt. Bei rasender Fahrt verlor der Führer die Gewalt über den Wagen und fuhr an einer Wegbiegung gegen eine Einplankung. Der Wagen überschlug sich und begrub alle 7 Insassen unter sich. Der Führer blieb tot, vier andere wurden schwer verletzt. Der Wagen ist zertrümmert.

Eine Briefmarke zu 100 000 Mark, nach dem Entwurf von Haas wird derzeit in der Reichsdruckerei im Offsetdruck hergestellt. Die Marke hat große Form und rote Farbe.

Eine Briefmarkenausstellung wurde am 2. September im Asamsaal in München eröffnet. Eine besonders interessante Abteilung ist den Fälschungen gewidmet, die zeigt, in welch raffinierter Weise kostbare Briefmarken mit chemischen Mitteln gefälscht werden.

Türkische Friedensmarken. Die Regierung in Angora wird zum Gedächtnis des Friedensschlusses von Lausanne, durch den der Schandvertrag von Sevres in sein Gegenteil verkehrt wurde, eine neue Reihe schöner Briefmarken ausgeben.

Handelsnachrichten

Dollarkurs am 3. Sept. 9 724 250.

Goldankaufspreis der Reichsbank am 31. August 47 251 000 M für ein Zwanzigmarkstück.

Für Reichssilbermünzen bezahlt die Reichsbank vom 3. September ab den 800 000fachen Betrag des Nennwertes.

Der Wert einer Million Mark in Pfennigen am 31. August: in Holland 41, Belgien 100, Norwegen 67, Dänemark 59, Schweden 41, Italien 182, London 43, Newyork 41, Paris 139, Schweiz 43, Spanien 58.

Der Höchstbetrag der Darlehnskassenscheine wird von 15 auf 300 Billionen erhöht, nachdem der Reichsrat dem diesbezüglichen Gesetzentwurf zugestimmt hat.

Badische Bank. Der Reichsrat genehmigte die Satzungsänderung der Badischen Bank, die durch die Beteiligung des badischen Staats an der Bank erforderlich geworden ist.

Preissteigerung für Porzellan. Der Verband deutscher Porzellanfabriken hat auf seiner Leipziger Meßtagung eine durchgreifende Preisänderung beschlossen, um einen Ausgleich mit den bestehenden Gestehungskosten zu schaffen. Die vorgeschlagene Goldmarkberechnung gelangt bis auf weiteres nicht zur Einführung; dagegen ist beschlossen worden, den Multiplikator von 60 000 auf 100 000 zu erhöhen. Dies bedeutet einen Aufschlag auf die Inlandspreise um 66⅔ v. H. Die Porzellanbranche hat, wie in der Versammlung berichtet wurde, wider Erwarten auf der Leipziger Herbstmesse sehr schlecht abgeschnitten, so daß viele Betriebe zur Einführung der Kurzarbeit schreiten müssen. Selbst die Frage einer Stillegung der Betriebe ist in der Versammlung erwogen worden.

Berliner Kartoffelnotierung am 31. August: Frühkartoffeln 2 bis 2.1 Millionen Mark der Zentner.

Berliner Butternotierung am 31. August: 2.4 Millionen Mark das Pfund.

Markenfreies Brot in Berlin kostet ab 3. September 900 000 M das Kilo.

Stuttgarter Börse, 3. Sept. Die Börse verkehrte heute in behaupteter Haltung. Die Kurse haben gegenüber der Vorwoche nur geringe Veränderungen aufzuweisen; zum Teil sind kleinere Abschwächungen zu verzeichnen. Die Stimmung im allgemeinen war heute zurückhaltend mit Rücksicht auf die anhaltend ungeklärte inner- und außerpolitische Lage. Im großen ganzen hat die Geschäftstätigkeit etwas nachgelassen. Der Markt der Festverzinslichen war wieder recht fest.

Landesproduktenbörse Stuttgart, 3. Sept. Großhandelspreise in Millionen Mark: Weizen 42 bis 47, Sommergerste 32 bis 36, Roggen (württ.) 30 bis 34, Hafer alt 24 bis 28, Reps neu 60 bis 64, Weizenmehl 0 85 bis 96, Brotmehl 80 bis 90, Kleie 18 bis 20, Wiesenheu (neu) 12 bis 14, Kleeheu 13 bis 15, Stroh 10 bis 12 für 100 Kilo.

Berliner Getreidepreise am 3. Sept. (in 1000 Mark): Weizen 19 500 bis 19 800, Roggen 15 750 bis 16 500, Gerste 16 700—17 500, Hafer 15 300 bis 16 250, Weizenmehl 62 000 bis 70 000, Roggenmehl 42 000 bis 49 000, Weizenkleie 8000 bis 8500, Roggenkleie 8000 bis 8500, Reps 18 000 bis 20 000.

Märkte

Rottweil, 3. Sept. Dem Schweinemarkt waren 391 Stück Milchschweine und 2 Läufer zugeführt. Bezahlt wurden für Milchschweine pro Paar 20 bis 35 Millionen Mark. Die Läufer kosteten 40 bis 45 Millionen Mark pro Stück. Der Handel war sehr flau.

Crailsheim, 3. Sept. Schweinemarkt. Die Zufuhr betrug 438 Milchschweine und 50 Läufer. Preis pro Paar Milchschweine 30 bis 70 Millionen Mark pro Paar, Läuferschweine 100 bis 200 Millionen Mark.

Schwaigern OA. Brackenheim, 3. Sept. Weinversteigerung. Bei der Weinversteigerung des Gräfl. v. Neipperschen Rentamts in Schwaigern wurde bei außerordentlich lebhafter Nachfrage erlöst: bei Trollinger und Lemberger 1.08 bis 1.2 Mill. Mk., bei Lemberger und Trollinger 1.2 bis 1.23 M, für Weißriesling und Sulvaner wurden 1.4 Mill. Mk., für Weißrieslling 1.410 bis 1.55 Mill. Mk. und für Traminer 2.7 bis 3.010 Mill. Mark das Liter. Für Flaschenweine wurden bezahlt bei 1921er Trollinger und Lemberger durchschnittlich 3 Millionen, für 1921er Trollinger 3.11 bis 4.6 Mill. Mk., für 1917er Trollinger 1.8 und für 1917er Weißrieslling 2.5 bis 2.81 Millionen Mark für die Flasche mit Glas.

Freudenstadt, 3. Sept. Holzerlös. Bei dem Nadelholzstammverkauf der Waldinspektion Freudenstadt kamen im öffentlich-mündlichen Ausstreich 424,42 Festmeter Fichten- und Tannen-Langnutz- und Sägholz 1. bis 5. Klasse zum Ausbot. Während für die ersten Lose zunächst überhaupt kein Angebot gemacht wurde, da es den Sägewerken zurzeit an Absatzmöglichkeit für Schnittware fehlt und die für Schnittware bezahlten Preise den Rohholzpreisen noch nicht gefolgt sind, wurden für die weiteren Lose Angebote bis 180 v. H. gemacht, die lt. Grenzer von der gemeinderätlichen Verkaufskommission als ungenügend erklärt wurden. Auf dem Wege von Nachgeboten wurden dann für sämtliche Lose 250 000 v. H. der Taxpreise erlöst. Der Zuschlag wurde erteilt. Das Ausbot belief sich auf 8 630 400 M, der Erlös auf 21 576 000 000 M. Die einzelnen Lose wurden mit einer Ausnahme von Sägewerken des Bezirks ersteigert.

Devisenkurse

Berlin	31. August Geld	31. August Brief	1. September Geld	1. September Brief
Holland	4042850.—	4070150.—	3790500.—	3809500.—
Belgien	478800.—	481200.—	448875.—	451125.—
Norwegen	1683780.—	1692220.—	1596000.—	1604000.—
Dänemark	1915800.—	1924800.—	1795500.—	1804500.—
Schweden	2753100.—	2766900.—	2593500.—	2606500.—
Italien	468825.—	471175.—	418950.—	421050.—
London	46882500.—	47117500.—	43890000.—	44110000.—
Neuyork	10274250.—	10325750.—	9675750.—	9724250.—
Paris	582540.—	585460.—	548625.—	551375.—
Schweiz	1865325.—	1874675.—	1745625.—	1754375.—
Spanien	1396500.—	1403500.—	1296750.—	1303250.—
Deutsch-Oesterr.	14763.—	14837.—	13656.—	1375.—
Prag	305235.—	306765.—	284287.—	285713.—
Ungarn	578.55	581.45	538.67	541.33
Argentinien	3321675.—	3338325.—	3112200.—	3127800.—
Tokio	5043360.—	5068640.—	4738125.—	4761875.—

Das Wetter

Die Störungen lassen erheblich nach. Flache Luftdruckdepressionen bewirken zwar Morgennebel und noch zeitweilige Bewölkung, aber am Mittwoch und Donnerstag ist vorwiegend trockenes, nachts kühles und tagsüber mildes Wetter zu erwarten.

Feldpolizeiliche Anordnung.

Das Betreten der Obstgärten u. Obstanlagen behufs Auflesen u. Einheimsen von Obst ist mit sofortiger Wirkung nur in der Zeit von vorm. 6 Uhr bis nachm. 7 Uhr gestattet. In der übrigen Zeit bei Strafvermeidung verboten.

Die Felddiebstähle nehmen in den letzten Tagen einen befürchtenden Umfang an. **Es besteht Veranlassung, streng darauf hinzuweisen, daß im Betretungsfalle aufs Empfindlichste vorgegangen wird.**

Nagold, den 3. Sept. 1923. 534

Stadtschultheißenamt:
J. V.: Schuster.

3 Zimmer-Wohnung

in Stuttgart gegen solche in Nagold zu tauschen gesucht.

535 Auskunft erteilt die Geschäftsstelle des Blattes.

1568

HAMBURG-AMERIKA LINIE
UNITED AMERICAN LINES INC
Nach
NORD-, ZENTRAL- UND SÜD-
AMERIKA
AFRIKA, OSTASIEN USW.
Billige Beförderung über deutsche und ausländische Häfen. — Hervorragende III. Klasse mit Speise- und Rauchsaal. Erstklassige Salon- u. Kajütendampfer
Eine wöchentliche Abfahrten von
HAMBURG NACH NEW YORK
Auskünfte und Drucksachen durch
HAMBURG-AMERIKA LINIE
HAMBURG und deren Vertreter in:
Nagold: Friedrich Schmid.

Bekanntmachung

betreffend die vom 1. September 1923 ab gültigen Ermäßigungsbeträge und Bewertungssätze für Sachbezüge beim Steuerabzug vom Arbeitslohn.

Vom 1. September 1923 ab gelten beim Steuerabzug vom Arbeitslohn je nach dessen Zahlung für volle Monate, volle Wochen, volle Arbeitstage oder kürzere Zeiträume folgende **Ermäßigungsbeträge:**

	monatlich M	wöchentlich M	täglich M	für je 2 angefang. od. volle Arb.-stunden M
a) für den Steuerpflichtigen selbst	360 000	86 400	14 400	3 600
b) für seine zu seiner Haushaltung zählenden Ehefrau	360 000	86 400	14 400	3 600
c) für jedes zu seiner Haushaltung zählende minderjährige Kind im S. des § 17 Abs. 2 E.St.G.	2 400 000	576 000	96 000	24 000
d) Zur Abgeltung der nach § 13 Abs. 1 Nr. 1—7 zulässig. Abzüge	3 000 000	720 000	120 000	30 000

Die neuen Ermäßigungsbeträge sind anzuwenden bei jeder nach dem 31. August 1923 erfolgenden Zahlung eines nach dem 31. August 1923 fälligen Arbeitslohns.

Für die Bewertung der Sachbezüge beim Steuerabzug vom Arbeitslohn werden **ab 1. September 1923** veranschlagt:

	auf den Tag M	auf die Woche M	auf den Monat M
1. für Lehrlinge, Lehrmädchen, weibliche Hausangestellte, Mägde und sonstige gering bezahlte weibliche Hilfskräfte			
a) die volle freie Station (Beköstigung einschl. Wohnung, Heizung und Beleuchtung)	480 000	3 360 000	14 400 000
b) die freie Beköstigung (ohne Wohnung)	400 000	2 800 000	12 000 000
2. für männliche Hausangestellte, Knechte, männl. und weibl. Gewerbegehilfen und für Personen, die der Angestelltenversicherung unterliegen:			
a) die volle freie Station	640 000	4 480 000	19 200 000
b) die freie Beköstigung	533 000	3 730 000	16 000 000
3. für Angestellte höherer Ordnung z. B. Aerzte, Apotheker, Hauslehrer, Hausdamen, Geschäftsführer, Werkmeister, Gutsinspektoren			
a) die volle freie Station	800 00	5 600 000	24 000 000
b) die freie Beköstigung	666 000	4 660 000	20 000 000

Der Wert einzelner Teile der Beköstigung und sonstiger Sachbezüge wird durch das zuständige Finanzamt veranschlagt.

Altensteig, den 3. September 1923.

537 Finanzamt: Reg.-Rat Huberich.

GEBET- und GESANGBÜCHER
empfiehlt Buchhandlung Zaiser, Nagold.

Heim

Sammlung von Volksgesängen für Männerchor
Stets vorrätig bei
Buchhandlung Zaiser
Nagold.

M.V.N. 8 U. Probe d. gem. Chors.

Iselshausen.
Kindersportwagen
verkauft oder tauscht gegen Lebensmittel.
Gottfr. Bohnet.

Neuheit! Soeben eingetroffen:
Geschmackvolle, moderne
Stickmusterbogen für Kissen
sowie viele neue Muster für
Kleider, Blusen Beutel, Hutbänder.
Zu haben bei
G. W. Zaiser, Nagold.

538
Täglich Transporte
Milch- u. Läufer-Schweine

in der Stallung bei Gustav Andreas zu verkaufen.
Josef Eberle, Schweinehändler Hirsau.

Druckarbeiten
liefert rasch und preiswert
Buchdruckerei Zaiser, Nagold.